



Sie fahren langsam, brauchen aber trotzdem viel Platz. Mit einer probeweisen Beschilderung in Eichenbühls Ortsdurchfahrt soll für drei Monate getestet werden, ob sich damit der Verkehrsfluss bei Gegenverkehr positiv beeinflussen lässt.

Foto: Siegmар Ackermann

Weiter ungelöstes Verkehrsproblem

Test: Bis 31. Oktober sollen neue Verkehrsschilder probeweise die Vorfahrt im Ortsbereich besser regeln helfen

EICHENBÜHL. Mit dem Ergebnis der jüngsten Verkehrsschau in der Hauptstraße hat sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am Mittwoch beschäftigt. Gemeinsam mit Vertretern der Straßenverkehrsbehörde am Landratsamt Miltenberg, des staatlichen Bauamts Aschaffenburg, der Polizeiinspektion Miltenberg und der Gemeinde wurde die Verkehrsproblematik in der Eichenbühler Hauptstraße erörtert. Bürgermeister Günther Winkler informierte das Gremium über das Ergebnis.

Der Vorschlag, in der sogenannten Schmiedskurve nahe der Pfarrkirche Verkehrsspiegel anzubringen, sei aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar, so Winkler. Angeführt wurden die Zulässigkeit und das Sichtfeld. Auf weite Sicht werde vorgeschlagen, die Fahrbahn in der Kurve zu verbreitern. Winkler hatte aber Bedenken, weil dies auf Kosten des Gehsteigs gehen würde. Auch Bruno Miltenberger (SPD/UWG) konnte sich mit dem Vorschlag nicht anfreunden. Um die Vorfahrtsregelung im Bereich der Kurve zu

verbessern, wird nun probeweise eine Ausschilderung der Vorfahrtsregelung eingeführt. Der aus Riedern kommende Verkehr soll auf Höhe der Einmündung Große Gasse mit Verkehrszeichen 308 (Vorrang vor dem Gegenverkehr) bevorrechtigt den Kurvenbereich befahren können.

Entschlossener Gemeinderat

Dem aus Miltenberg kommenden Verkehrsteilnehmer soll an der ehemaligen Schleckerfiliale mit Zeichen 208 (dem Gegenverkehr Vorrang gewähren) signalisiert werden, dass er an der Engstelle den Gegenverkehr zuerst passieren lassen muss. Die Schilder sollen schon bald probeweise bis 31. Oktober aufgestellt werden. Sollte sich die Regelung bewähren, soll sie dort bleiben. Boris Großkinsky (CSU) hatte für die Beschilderung nur ein Kopfschütteln übrig. »Die Schilder sind Unsinn, weil kein Lastwagenfahrer sieht, was ihm entgegenkommt, bis er in der Kurve ist. Dann ist es schon zu spät«, monierte er. Dennoch will der Gemeinderat die Maßnahme auspro-

bieren. Zur Aufstellung eines Verkehrsspiegels im Bereich der Rathausausfahrt wurde festgestellt, dass dafür beim staatlichen Bauamt Aschaffenburg ein Antrag zu stellen ist. Im Falle einer Zustimmung müsste der Antragssteller, also die Gemeinde, die Kosten tragen. Winkler ergänzte, dass dies auch für private Ausfahrten gelte. Die Kosten hätten dann die Eigentümer selbst zu tragen.

Eine Lösung zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Hauptstraße zwischen der Bushaltestelle Am Trieb und dem Ortsausgang Richtung Riedern wurde in der Verkehrsschau nicht gesehen. Die Anordnung eines eingeschränkten Halteverbots käme nur dann infrage, wenn dies der Gemeinderat mehrheitlich wünsche. Dann müsste konkret vorgeschlagen werden, wo, auf welcher Straßenseite und auf welcher Länge dieses Verbot angebracht werden soll.

Es wurde bei der Verkehrsschau auch vorgeschlagen, mit den betroffenen Anliegern vor Ort zu sprechen. Mit Lösungen tat sich der Gemeinderat

schwer. Bürgermeister Günther Winkler betonte außerdem, dass ein eingeschränktes Halteverbot bei einem Anlieger zu einer Bestrafung des anderen führe: »Viele haben einen Hof und parken auch darin, aber wenn Besuch kommt, steht der eben auf der Straße.« Joachim Schmedding (SPD/UWG) hatte die Idee, die Anlieger schriftlich zu befragen, ob sie sich vorstellen könnten, an ihrem Grundstück ein eingeschränktes Halteverbot zu haben. Manfred Tolksdorf (SPD/UWG) erinnerte an das Beispiel im Setzweg: »Da haben wir lange geplant, mit Anwohnern gesprochen, mit Feuerwehr und Busunternehmen Parkflächen angedacht, und dann ging es doch auch ohne Regulierung.« Winkler schlug vor, dass sich die Gemeinderäte während der Sommerpause Gedanken machen sollten, um darüber bei einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten. »Die Hauptstraße ist Staatsstraße, das letzte Wort hat das Straßenausbauamt, das dann unsere Vorschläge prüft«, schloss Winkler. Siegmар Ackermann